21.01.2020

RESOLUTIONSANTRAG

des Abgeordneten Kaufmann

zum Verhandlungsgegenstand Ltg.-1292/B-1/32

betreffend bundeseinheitliche Vorgaben bezüglich Sozialhilfeleistungen für Personen mit einem befristeten Aufenthaltsrecht in Österreich

Die Zulässigkeit des Aufenthalts von Drittstaatsangehörigen in Österreich wird durch bundesrechtliche Vorgaben geregelt. Personen, denen nach Abschluss ihres Asylverfahrens weder der Asylstatus noch jener des subsidiär Schutzberechtigten zuerkannt wurde, können bei Vorliegen der Voraussetzungen ein humanitäres Aufenthaltsrecht, welches auf ein Jahr befristet ist, erhalten. In Niederösterreich sind die Leistungen der Sozialhilfe im NÖ Sozialhilfe-Ausführungsgesetz, den rechtlichen Rahmen normiert das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz des Bundes, geregelt. Auf Grundlage dieser Vorgaben sind Personen, welche über ein befristetes Aufenthaltsrecht verfügen – etwa ein humanitäres Aufenthaltsrecht – und welchen nicht aufgrund von europarechtlichen oder völkerrechtlichen Vorschriften eine Leistung zu gewähren ist, vom Bezug von regelmäßigen Leistungen zur Unterstützung des Lebensunterhalts und Wohnbedarfs ausgeschlossen. Es ist auch nicht möglich, auf Grundlage des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes Leistungen im Rahmen des Privatrechts zur Vermeidung eines besonderen Härtefalles zu gewähren. Eine derartige Möglichkeit bestand nach Maßgabe des NÖ Mindestsicherungsgesetzes. Nunmehr ist es dem Land aufgrund der ausdrücklichen Bestimmungen des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes verwehrt, Leistungen für Personen mit einem befristeten Aufenthaltsrecht zu schaffen.

Der Gefertigte stellt daher folgenden

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung ersucht, an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern, bundeseinheitliche Vorgaben bezüglich regelmäßiger Sozialhilfeleistungen für Personen mit einem befristeten Aufenthaltsrecht in Österreich zu prüfen.“